

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend



Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Saugen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestmögliche Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats frei ins Haus halbjährlich 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 20 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Preisnehmer Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 30 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 145

Mittwoch, den 24. Juni 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Reichsanwalt Dr. Brüning sprach gestern abend im Rundfunk zum Plane Hoovers. Er warnte das deutsche Volk vor Hoffnungen und betonte, daß das Jahr 1932 aller Voraussicht nach der Höhepunkt der finanziellen Schwierigkeiten bringen wird.

Dem französischen Handelsattaché in Washington sind zwei Zifferntabellen zur Weiterleitung nach Paris übergeben worden, von denen die eine bezieht, in welchem Maße Frankreich bei Inkrafttreten des Hoover'schen Moratoriums finanziell betroffen werden würde. Die andere Tabelle zeigt die finanziellen Folgen für Frankreich im Falle der Ablehnung des Vorschlages.

Am Dienstag tagte der französische Ministerrat, um den Vorschlag Hoovers auf einjährige Zahlungsaussetzung zu prüfen. Es sollen erste Meinungsverschiedenheiten entstanden sein.

Der amerikanische Zeitungsmagnat Hearst nimmt in einem sensationellen Artikel in der neuesten Ausgabe gegen Hoover Stellung. Besonders wendet er sich gegen Frankreich, das seine Schulden nicht bezahle und das Geld zum Aufbau einer gigantischen Kriegsmaschinerie zur Unterwerfung Europas verwende.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes im Reich hat in der ersten Hälfte des Monats Juni weitere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf rund 4 Millionen zurückgegangen.

Von den diesjährigen Tagelöhnerfestspielen wird die erste Tagelöhneraufführung, die von Tagelöhner geleitet wird, auf den folgenden deutschen Bühnen vor sich gehen.

Die deutschen Gesandten in Washington haben am Dienstag die Absicht des Vorschlages Hoovers durch die deutsche Regierung überreicht.

Wegen der Aufhebung der Studienordnung kam es an den Wiener Hochschulen zu schweren Zusammenstößen, die zur Schließung der Universität, der Technischen Hochschule und der Hochschule für Bodenkultur und Wirtschaftswissenschaften führten.

In einer Werft der englischen Marine in Holstonhead ereignete sich eine schwere Explosion. Bisher wurden 11 Personen als vermißt gemeldet, die vermutlich tödlich getötet sind. Verletzt wurden 19 Arbeiter.

Kurzweiliges an anderer Stelle.

Rein Kompromiß!

Frankreich müßte Bedingungen stellen.

Alle Augen sind auf Frankreich gerichtet. Wird Frankreich den Hoover-Plan, an dem noch der gestrigen Erklärung des Staatssekretärs Stimson nichts geändert werden kann, annehmen, oder geht die Verhandlung in Paris so weit, daß auch jetzt wieder nur ein kaltes und eigenständiges Nein ausgesprochen wird? Niemand glaubt an diese letztere Möglichkeit. Nicht, weil den Franzosen die Hartnäckigkeit nicht anzugetrauen wäre, das zu tun, sondern weil man sie nicht für so unklug halten kann, sich jetzt mit der ganzen Welt in einen Konflikt einzulassen, der sie in eine vollkommene Isolation hineinführen müßte. Die französische Diplomatie ist noch niemals so ungeschickt gewesen, und man weiß in Paris ganz genau, was eine Isolation für Frankreich, bei dem schwerbelasteten politischen Herd, bedeuten würde. Die offizielle französische Agentur Havas hat denn auch schon gestern ausgesprochen, daß Frankreich bereit wäre, dem Vorschlag des Präsidenten Hoover zuzustimmen; es habe aber den Wunsch, das Problem einer aufmerksamen Prüfung zu unterziehen, ehe es seine amtliche Antwort zur Kenntnis bringe. Man weiß, was diese aufmerksame Prüfung bedeutet. Frankreich will unter allen Umständen den Mechanismus des Young-Planes retten, d. h. Deutschland zwingen, den ungeklärten Teil der Tributzahlung trotz des Moratoriums zu leisten. Zunächst hat man das damit begründet, daß Frankreich, das aus den Tributen um 400 Millionen Mark mehr bezieht, als es an seine Kriegsschuldengläubiger abzuführen hat, diesen Ausfall nicht tragen könne. Die Amerikaner haben darauf als Antwort dem französischen Botschafter in Washington, Herrn Claudel, eine Zahlenreihe überreicht, aus der hervorgeht, daß Frankreich bei Annahme des Hoover-Planes immer noch besser fährt, als wenn Deutschland den Zahlungsaufschub nach dem Youngplan erklärt. Denn dann würde zwar Frankreich die fraglichen 400 Millionen erhalten, es müßte aber gleichzeitig, so steht es im Youngplan, 500 Millionen Mark bei der B.I.B. in Basel einzahlen, als Ausgleichsfonds für die übrigen Tributgläubiger, die ihren Anteil hauptsächlich aus dem geschügten Teil der deutschen Tributrate erhalten, der nach Er-

klärung des Moratoriums zum Teile nicht mehr übertragen werden dürfte. Frankreich führt also bei der Hoover-Lösung selbst um 100 Millionen Mark günstiger, das Argument, daß es für die französischen Finanzen ein Opfer bedeuten würde, dem Hoover-Plan zuzustimmen, zieht also nicht.

Die Franzosen, niemals gewillt, etwas zu unternehmen oder auch nur einer Aktion zuzustimmen, die Deutschland nützlich ist, wollen gleichwohl ihren Standpunkt nicht aufgeben. Die Entscheidung im französischen Ministerrat ist zwar gestern noch einmal verschoben worden, aber aus den Äußerungen derjenigen Pariser Blätter, die vom Pariser Außenministerium beeinflusst werden, kann man entnehmen, daß Frankreich versuchen will, nur bedingungsweise zuzustimmen, etwa so, daß Deutschland die ungeschulte Annuität zu zahlen hätte, Frankreich dafür den Ausgleichsfonds von 500 Millionen einzahlt und daß dieser Betrag dann Deutschland im Anleihenwege wieder zur Verfügung gestellt würde. Ein solcher Weg muß nicht nur aus Gründen der Umständlichkeit aufs schärfste abgelehnt werden, er kann grundsätzlich nicht angenommen werden. Das gilt nicht nur von Deutschland, sondern vor allem auch von den Vereinigten Staaten, die es mit Recht als unerträglich bezeichnen werden, daß ihre Initiative auf diese Weise von Frankreich zerpflückt wird, obwohl Amerika sich diesmal wirklich nicht nur auf gute Ratschläge beschränkt, sondern den weitesten größten Teil des materiellen Opfers auf sich nimmt. So wäre es geradezu ein Witzzug gegen Amerika, wenn Deutschland irgendwo auch nur auf eine Diskussion der französischen Vorschläge einginge. Für uns gibt es nur eine einzige Möglichkeit, und das dürfte auch die Ansicht der Reichsregierung sein: Restlose Einstellung der Tributzahlungen am 1. Juli.

Es muß hier vermerkt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie schon wieder ihr altes Spiel beginnt und die französischen Interessen den deutschen überordnet. Schon gestern hat sich der „Vorwärts“ in beweglichen Worten darüber beklagt, daß Frankreich ein „Opfer“ zugemutet werde, das im französischen Etat „keine geringe Bedeutung“ habe. Hier zeigt sich die alte Gewohnheit der deutschen Sozialdemokratie, der französischen Außenpolitik, und mag sie noch so chauvinistisch und erpresserisch sein, die Bälle zu werfen. Dieser Versuch, der deutschen Außenpolitik in dem Augenblick in den Rücken zu fallen, wo sie Erfolg hat, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Zumindest darf man dazu feststellen, daß die 400 Millionen, die der „Vorwärts“ den Franzosen so gerne zubilligen möchte, letzten Endes von deutschen Arbeiten erarbeitet werden müssen, um in die Taschen der französischen Rüstungsindustriellen zu fließen, die damit Festungen gegen Deutschland bauen.

Die französische Antwort an Hoover.

Paris, 24. Juni. (Drabth.) Ministerpräsident Cavallé, Außenminister Briand, Finanzminister Flandin und Staatssekretär Poncet haben gestern abend in einer Konferenz den Entwurf der französischen Antwort an Präsident Hoover fertiggestellt. Darauf teilte Ministerpräsident Cavallé dem amerikanischen Botschafter die Grundzüge der Antwortnote mit, nach denen Frankreich auf der Zahlung der ungeschuldeten Annuität 1931/32 bestesse, die Summe aber über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich den interessierten Mächten als Darlehen zur Verfügung stellen werde. Um das durch das Ausbleiben der deutschen Zahlungen im französischen Haushalt entstehende Defizit zu decken, werde Frankreich kurzfristige Staatsanleihen ausgeben.

Belgische Unverschämtheiten gegen Deutschland.

wib. Brüssel, 23. Juni. Im Verlauf der Senatsdebatte über die Regierungserklärung führte Staatsminister Seger zum Plane Hoovers aus:

Der amerikanische Vorschlag ist ein Zeichen von Mut. Er kann einen günstigen Einfluß auf die Weltkrisis ausüben und könnte auch ein Ende der Krise herbeiführen. Vor allem ist er aber Deutschland gegenüber sehr großmütig, und für Belgien kann er verhängnisvoll sein. Hier heißt es, auf der Hut zu sein. Gewährt man Deutschland die Wohlthat eines Moratoriums, so müssen die anderen Länder die Gelegenheit benutzen, um politische Bürgschaften, die Einhaltung der Verträge und das Ende eines Erpressersystems zu verlangen. Deutschland richtet sich absichtlich zugrunde, indem es seine Finanzen schlecht verwaltet. Man muß dafür sorgen, daß unserem Lande durch das Deutschland gewährte Moratorium kein Schaden erwachse. Man darf die deutschen Schuldenszahlungen nur in dem Umfang der belgischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten ausbleiben, sonst würden wir die Betroffenen sein.

Hearst gegen Hoover.

London, 24. Juni. (Eig. Meldg.) Der gegenwärtig in London weilende amerikanische Zeitungsmagnat Hearst veröffentlicht im Daily Express und im News Chronicle einen sensationellen Artikel, in welchem er in der schärfsten Weise gegen Hoover Stellung nimmt. Er sagt u. a.: Der Weltkrieg sei eine europäische Angelegenheit gewesen, geführt für europäische Zwecke des Angriffs und der Gebietsverbreiterung. Amerika habe sich an ihm aus nicht ausreichenden Gründen beteiligt. Amerika bezahle dann nicht nur seine eigenen Kriegskosten, sondern auch einen großen Teil der Kosten der fremden Nationen. Die europäischen Nationen u. Bankiers kämen nunmehr mit einer Revision der Kriegsschulden heraus, so daß die fremden Nationen noch weitere Erleichterungen für die Kosten und Folgen ihrer üblen und ruhmlosen Kriegsgewohnheiten erlangten. Jeder amerikanische Politiker, der den amerikanischen Steuerzahler auffordere, für vergangene oder zukünftige europäische Kriege zu zahlen, sollte vom Kongreß unter Anklage des Hochverrats gestellt werden. Im besonderen wendet sich Hearst gegen Frankreich, das seine Schulden nicht bezahle und das Geld zum Aufbau einer gigantischen Kriegsmaschinerie zur Unterwerfung Europas verwende. Frankreich sei immer noch im Kriegszustand gegen Deutschland. Der Versailles Vertrag sei kein Friedensvertrag, sondern ein Vertrag, der Frankreich betreffe. Er sei lediglich ein verräterisches Mittel gewesen, seinen Feind in die Hand zu bekommen. In Europa werde solange kein Frieden herrschen, bis Frankreich gezwungen werde, mit der Herausbeibringung von Kriegen aufzuhören. Italien habe den Vereinigten Staaten gegenüber seine Armat geltend gemacht. Es sei indessen nicht zu arm, eine große Kriegsmaschinerie aufrecht zu erhalten. Die Militärs wollten Geld für zukünftige Kriege sparen und deshalb Amerika für den letzten zahlen lassen. Im übrigen setze sich Hearst für Coolidge als nächsten Präsidenten ein, der diesen Plan als ein schmachvolles Stück der Unraubung denunziert habe.

Paris im Druck.

D. I. Berlin, 24. Juni. (Eigener Dienst.) Die deutsche Franzosenpresse hat der Pariser Öffentlichkeit schon wieder einmal das Stichwort gegeben, damit sie möglichst viele Schwierigkeiten gegen den Hoover'schen Moratoriumsplan machen kann. Es ist beschämend, daß man am Montag in einer Berliner Zeitung lesen mußte, kein französischer Außenminister könne dem Hoover'schen Plan vorbehaltlos zustimmen, ohne am nächsten Tage ein politisch toter Mann zu sein, und die Deutschen hätten zum Teil Schuld an dieser bedauerlichen Tatsache, denn sie hätten eine törichte Zollunionspolitik getrieben und ebenso törichte Stahlimporteinstellen veranlaßt. Für diese Sorte „deutscher“ Publizistik wird es eben stets unbegreiflich bleiben, daß Deutschland in sich die Pflicht fühlt, seine Lebensinteressen zu verteidigen und danach zu handeln. Die deutsche Franzosenpresse kennt eben nur die Lebensinteressen des französischen Imperialismus und Militarismus und hat für Deutschland allenfalls ein Bedauern übrig, wenn die hohen Pläne der französischen Politik eine Rücksichtnahme auf unsere Lebensinteressen nicht gestatten.

Glücklicherweise liegen die Dinge in Paris doch etwas anders, als es die französischen Parteigänger in Deutschland wahr haben möchten. Der französische Ministerrat, der am Dienstag tagte, hat stundenlang beraten, aber seine Entscheidung schließlich auf Mittwoch vertagt. Dies hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß das amerikanische Finanzministerium an Frankreich in Gestalt einer Tabelle ein Ultimatum gerichtet hat.

Wenn Frankreich sich trotzdem entschließen sollte, den Hoover'schen Plan abzulehnen, obwohl es sich dabei finanziell um 100 Millionen Mark schlechter stehen würde, dann kann dafür nur der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß Frankreich unter allen Umständen den Grundjah der unbedingten Jahreszahlungen aufrecht erhalten will.

Selbstverständlich werden wir damit rechnen müssen, daß Frankreich schon diese erste Gelegenheit benutzt, um gegenüber Deutschland diese oder jene politische Erpressung zu versuchen. Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß die wahren Verhältnisse nicht durch die üblichen Phrasen verwischt werden. Wir werden viel von der Notwendigkeit hören, die Verträge aufrecht zu erhalten, vor allem aber dafür zu sorgen, daß der Young-Plan intakt bleibe. Frankreich ist aber zweifellos jetzt in der Defensive. Wir wollen auch nicht